

# Letzte Chance für die Nazi-Jäger

Der 88-jährige frühere SS-Wachmann Iwan Demjanjuk steht womöglich bald vor Gericht

Von Volker Schmidt

Bei Hilfe zum Mord in 29 000 Fällen: Die spektakuläre Anklage gegen den 88-jährigen Iwan Demjanjuk könnte eine der letzten gegen einen NS-Kriegsverbrecher sein – die Täter sterben aus. Die Zentrale Fahndungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg hat das Vorermittlungsverfahren gegen ihn am Montag an die Staatsanwaltschaft München I abgegeben. Diese erklärte, die Unterlagen seien noch nicht eingegangen. Sie muss prüfen, ob sie Anklage erhebt und die Auslieferung aus den USA beantragt.

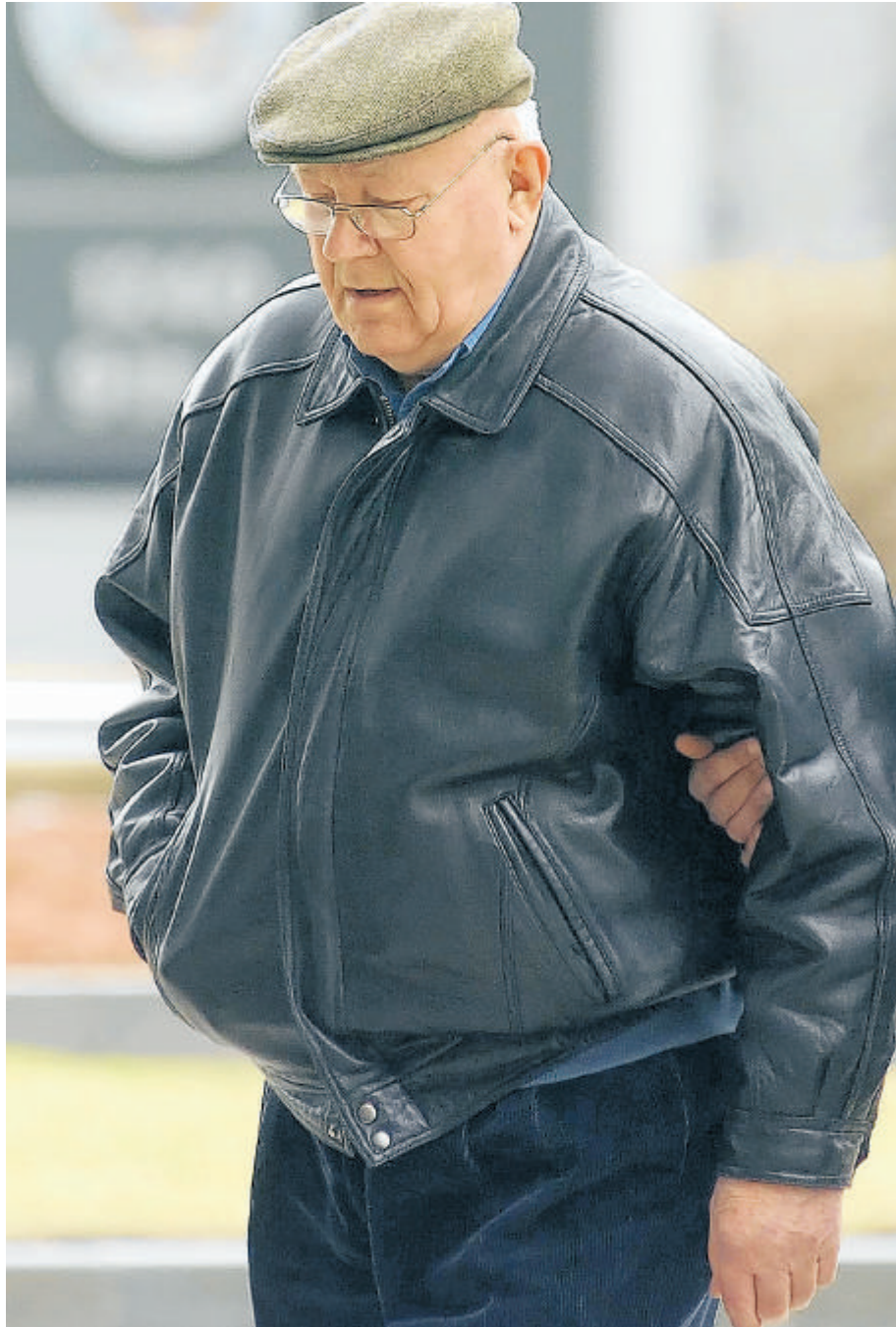
Demjanjuk war nach Überzeugung der Zentralstelle von März bis September 1943 SS-Wachmann im Vernichtungslager Sobibor. In dieser Zeit seien dort nachweislich mindestens 29 000 Juden ermordet worden. „Wir halten Demjanjuk der Beihilfe zum Mord in ebenso vielen Fällen für schuldig“, sagt der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle, Kurt Schrimm, der FR. Aufscher aus Sobibor könnten sich nicht „damit herausreden, die Häftlinge lediglich bei Arbeitseinsätzen bewacht zu haben“: Anders als etwa in Auschwitz habe es in Sobibor kein Arbeitslager gegeben.

## Der SS-Mann war in einem Flüchtlingslager untergetaucht und 1952 in die USA emigriert

Der gebürtige Ukrainer Demjanjuk war 1981 schon einmal aus den USA abgeschoben und 1988 in Jerusalem zum Tode verurteilt worden. Damals ging es aber um andere Vorwürfe: Demjanjuk sollte als „Iwan der Schreckliche“ im Lager Treblinka Häftlinge misshandeln. Das Urteil wurde 1993 aufgehoben, weil die Identität nicht nachgewiesen sei. Die Vorwürfe spielen daher keine Rolle mehr, sagt Schrimm: „Treblinka ist außen vor.“

„Wir konnten herausfinden, dass Demjanjuk seinen letzten Wohnsitz vor dem Auswandern in München hatte“, erklärt Schrimm. Der SS-Mann war nach Kriegsende in einem bayerischen Flüchtlingslager untergetaucht und 1952 in die USA ausgewandert, wo er als John Demjanjuk lebt. Sollte die Staatsanwaltschaft München sich für unzuständig erklären, will Schrimm den Bundesgerichtshof (BGH) einschalten. Weil rund 1900 der Opfer deutsche Staatsbürger waren, kann der BGH eine Anklage in Deutschland zulassen, obwohl Demjanjuk kein Deutscher ist und die Taten im Ausland begangen wurden. Der Bundesgerichtshof müsste dann eine Staatsanwaltschaft bestimmen.

US-Justizstellen hatten dem Auswärtigen Amt in Berlin schon im Sommer mitgeteilt, dass sie den mutmaßlichen Kriegsverbrecher gerne abschieben würden. Das Oberste Gericht der USA hatte da gerade die 2002 wegen Demjanjuks Tätigkeit als Wachmann in Sobibor ausgesprochene Ausbürgerung für rechtsgültig erklärt. Die Ukraine aber will den nunmehr Staatenlosen nicht aufnehmen, der alle Vorwürfe bestreitet.



**Iwan (alias John) Demjanjuk** tauchte 2005 aus zwölfjähriger Versenkung auf, um im Berufungsprozess gegen seine Ausbürgerung aus den USA auszusagen (großes Foto). Mehrere Gerichte erkannten ihm die US-Staatsbürgerschaft ab, weil sie für erwiesen halten, dass er im Vernichtungslager Sobibor in Polen als SS-Wachmann arbeitete. Das kleine Bild stammt aus einem von den NS-Behörden ausgestellten Pass für Militärbesoldete, der als Beweis diente.

AP (2)

## GESUCHT, GEFUNDEN

Die meistgesuchten mutmaßlichen NS-Verbrecher auf der Liste des Simon-Wiesenthal-Zentrums:

**Aribert Heim** alias Dr. Tod (94 Jahre alt), SS-Arzt, soll bis Oktober 2005 in Spanien gelebt haben. Im Sommer 2008 wollen mehrere Zeugen ihn in Argentinien gesehen haben.

**Iwan („John“) Demjanjuk** (88) lebt in den USA, die ihn ausweisen wollen.

**Sandor Kepiro** (94), Ungar, soll 1942 am Massaker an Zivilisten in Novi Sad (Serbien) beteiligt gewesen sein. Er lebte in Argentinien, seit 1996 wieder in Budapest. Ungarische Urteile wurden nie vollstreckt.

**Milivoj (Georg) Asner** (95) soll als kroatischer Polizeichef an der Deportation Tausender Juden und Roma beteiligt gewesen sein. Österreich liefert ihn nicht an Kroatien aus: Angeblich ist er dement.

**Sören Kam** (97), früheres SS-Mitglied, lebt in Bayern. Dänemark verlangt seine Auslieferung, weil er einen Journalisten ermordet haben soll. Ein bayerisches Gericht kam 2007 zu dem Schluss, es handele sich um Totschlag, der in Deutschland verjährt sei.

**Heinrich Boere** (97) lebt in einem Altenheim in der Eifel. Seit April 2008

ermitteln deutsche Behörden gegen ihn wegen dreier Morde in den Niederlanden, wo er 1949 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde.

**Karoly (Charles) Zentai** (86) soll in Budapest Juden gejagt haben. Er lebte lange in Deutschland, wanderte dann nach Australien aus und wehrt sich gegen die Auslieferung an Ungarn.

**Mikhail Gorshkow** (85) wurde aus den USA nach Estland abgeschoben, das wegen des Mordes an Juden in Weißrussland gegen ihn ermittelt.

**Algimantas Dailide** (87) soll als Polizist in Vilnius geholfen haben, Juden zu verhaften. Er wurde 2006 in Litauen zu fünf Jahren Haft verurteilt, die er aus Gesundheitsgründen nie antreten musste. Er lebt in Sachsen.

**Harry Männil** (87) soll als Polizeioffizier an der Ermordung Hunderter Juden in seiner estnischen Heimat beteiligt gewesen sein. Er lebt als Unternehmer in Venezuela. Die Staatsanwaltschaft in Estland hat Ermittlungen 2005 eingestellt.

**Alois Brunner** (96), rechte Hand Adolf Eichmanns, lebte lange in Syrien, wurde aber seit 2001 nicht mehr gesehen. Das Wiesenthal-Center führt ihn nicht mehr als Meistgesuchten und nimmt an, dass er tot ist.

Die Ludwigsburger Stelle lieferte der Münchener Anklagebehörde mehrere hundert Seiten zum Teil in Israel und den USA recherchierter Beweise, darunter Zeugenaussagen und Listen über Häftlingstransporte. Schrimm bezeichnet die Dichte der Dokumentation als „einzigartig“.

Die Zentralstelle, die am 6. November 50 Jahre alt wurde, hatte ihren bislang letzten großen Erfolg vor 16 Jahren zu verzeichnen: 1992 wurde der SS-Oberscharführer Josef Schwammberger in Stuttgart wegen Mordes und Beihilfe zum Mord in mehr als 650 Fällen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Er starb 2004 in Haft.

Auch Demjanjuk dürfte kaum lebend aus dem Gefängnis herauskommen: Das Urteil wird zwar wohl nicht auf lebenslange Haft lauten, weil sich die Anklage auf Beihilfe zum Mord beschränkt. Eine lange Haftstrafe ist aber zu erwarten – falls ein Prozess überhaupt zu Lebzeiten des 88-Jährigen abgeschlossen würde. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles, 1977 im Andenken an den jüdischen Publizisten und NS-Verbrecher-Jäger gegründet, hat nicht ohne Grund im November 2007 die „Operation Letzte Chance“ ausgerufen, um die letzten lebenden NS-Täter zu fassen: Wer bei Kriegsende 1945 gerade strafmündig war, ist heute 81 Jahre alt.

# Kabuye wird an Paris ausgeliefert

Ruandische Politikerin in Frankfurt inhaftiert

Von Hans-Helmut Kohl

Die auf dem Frankfurter Flughafen verhaftete ruandische Protokollchefin Rose Kabuye ist bereit, sich der französischen Justiz zu stellen. Die enge Vertraute des ruandischen Staatschefs Paul Kagame war am Sonntag auf der Grundlage eines internationalen Haftbefehls festgenommen worden. Darin wird ihr und acht weiteren Beschuldigten vorgeworfen, im April 1994 das Attentat gegen den damaligen Präsidenten Ruandas, Juvenal Habyarimana, begangen zu haben, das den Völkermord in dem afrikanischen Land auslöste. Kabuyes Anwalt erklärte am Montag in Paris, seine Mandantin werde voraussichtlich im Lauf dieser Woche in die französische Hauptstadt gebracht werden.

Die Ausstellung der neun Haftbefehle gegen hochrangige ruandische Offiziere und Vertraute von Staatspräsident Kagame hatte Ende 2006 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Ruanda und Frankreich geführt. Während die ruandische Seite der französischen Armee vorwirft, unmittelbar an der Vorbereitung des Völkermords beteiligt gewesen zu sein, dem nach UN-Angaben mehr als 900 000 Menschen zum Opfer fielen, hat ein Pariser Untersuchungsrichter die Hauptschuldigen in Ruanda ausfindig gemacht. Mit dem Abschluss der Präsidentenmaschine Habyarimanas hätten sie den Auslöser für den Genozid geliefert.

Rose Kabuye, früher Abgeordnete und Bürgermeisterin der ruandischen Hauptstadt Kigali, ist die erste der von der französischen Justiz mit Haftbefehl gesuchten Personen, die festgenommen wurde. Noch im Frühjahr hatte sie Präsident Kagame auf einem Deutschland-Besuch begleitet, ohne von den Behörden behelligt zu werden, da sie als Mitglied einer



**Rose Kabuye**, ruandische Protokollchefin, muss sich nun in Paris für den Genozid 1994 verantworten.

offiziellen Delegation reiste. Diesmal befand sie sich jedoch offenkundig auf einer privaten Reise.

Die ruandische Regierung bestellte unmittelbar nach der Festnahme Kabuyes nach der deutschen Botschafterin in Kigali ein und protestierte gegen die Verhaftung der Protokollchefin. Kabuye besitze einen Diplomatenpass und hätte, so die ruandische Außenminister, deshalb nicht verhaftet werden dürfen. Bereits in der Vergangenheit habe Kabuye mehrfach Hinweise auf die Haftbefehle erhalten und dennoch Reisen unternommen, ohne auf Schwierigkeiten zu stoßen. Das nun anlaufende Verfahren in Frankreich werde zeigen, dass „sie unschuldig ist“, sagte auch ihr Anwalt in Paris.